

Bundeskanzler Helmut Kohl:

# Unsere Rolle ist jetzt die der Opposition

Das Wahlergebnis bedeutet eine schwere Niederlage für die Union. Wir haben erhebliche Stimmenverluste und – was uns besonders schmerzt, auch im Blick auf die betroffenen Kolleginnen und Kollegen – den Verlust von fast 50 Mandaten zu beklagen.

Bei dieser Gelegenheit sage ich gern einmal: Das sind Männer und Frauen, die in diesem Wahlkampf

**Erklärung des Parteivorsitzenden,  
Bundeskanzler Helmut Kohl,  
nach der Bundesvorstandssitzung  
am 28. September im  
Konrad-Adenauer-Haus**

hart gearbeitet, mit ihrer Kandidatur viel aufs Spiel gesetzt haben und die vom Ergebnis der Wahl auch mit ihren Familien unmittelbar betroffen sind.

Ich habe gestern abend bekanntgegeben, daß ich bei den Vorstandswahlen des kommenden Parteitags für das Amt des Parteivorsitzenden nicht mehr zur Verfügung stehen werde.

An unserer Wahlniederlage gibt es nichts zu beschönigen. Ich war der Spitzenkandidat der Union. Ich übernehme deshalb auch die Verantwortung.

*Fortsetzung auf Seite 4*

## HEUTE AKTUELL

### ● Bundestagswahl

Wolfgang Schäuble: Wir werden unseren Auftrag kraftvoll wahrnehmen. Seite 2

Peter Hintze: Für den Erfolg bei den nächsten Wahlen arbeiten. Seite 9

Keine neue stabile Wählerbasis für die politische Linke. Wahlanalyse der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seite 10

### ● Helmut Kohl

FAZ: Ein Kanzler, der Maßstäbe gesetzt hat. Seite 7

### ● Schleswig-Holstein

Bundesverfassungsgericht stoppt Kieler Liegenschaftsmodell. Seite 20

### ● Kurz & bündig

ARGUMENTE: „Von Tür zu Tür: Gespräche, die verbinden.“ Neue Wege der Kommunikation. Seite 21

### ● Dokumentation

Die Wahl zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September. Das vorläufige amtliche Endergebnis. Grüner Teil

Wolfgang Schäuble:

# Wir werden unseren Auftrag kraftvoll wahrnehmen

**Deutschland hat gewählt – und wir haben eine schmerzliche Niederlage erlitten. Daran gibt es nichts herumzudeuteln, wir haben sie zu akzeptieren.**

Gerade im Lichte dieser bitteren Niederlage sollte das erste Wort denjenigen gelten, die bei der Wahl kandidiert haben und teilweise überraschend nicht mehr in den Bundestag gewählt worden sind. Wir fühlen mit jeder und jedem einzelnen mit. Es weiß jeder, wie grausam es sein kann, wenn man gegen alle Planungen und Erwartungen plötzlich durch Wahlentscheidungen, die so niemand erwartet hatte, gescheitert ist.

Alle, die voller Zuversicht gekämpft und am Ende alles verloren haben, sollen wissen, daß sie auf unsere Solidarität zählen können. Die CDU braucht immer wieder unverdrossene und von der gemeinsamen Sache überzeugte Kämpfer, und gerade in der schlimmsten Niederlage muß sich beweisen, daß Solidarität für die Partei keine rhetorische Floskel ist.

Wir alle, unsere Mitglieder, unsere Anhänger, unendlich viel Freunde haben in den zurückliegenden Wochen und Monaten aufopferungsvoll mit großem Engagement, mit viel Zuversicht trotz aller negativen Umfragen einen großartigen Wahlkampf geführt. Ich finde, wir können, auch wenn das Ergebnis uns enttäuscht, stolz sein auf das, was wir miteinander in diesem Wahlkampf geleistet haben.

**Aber das allerwichtigste ist: In diesen Stunden und in diesen**

**Tagen gilt ein besonderes Wort des Dankes, des Respekts und der Verbundenheit Helmut Kohl.**

Auch wenn dieses Wahlergebnis für uns bitter ist und enttäuschend, so ändert es nichts daran, daß der Bundeskanzler Helmut Kohl in 16 Jahren für Deutschland und Europa Großartiges geleistet hat und wir alle miteinander, CDU und CSU, in einer Weise dazu beigetragen haben, auf die wir auch in der Zukunft stolz sein können. Zur Demokratie gehört, daß immer wieder neu entschieden wird. Es ist schön, Wahlen zu gewinnen, es ist traurig, Wahlen zu verlieren, aber es ist keine Schande – und es ändert nichts an den Erfolgen.

Es ändert übrigens auch nichts daran, daß Helmut Kohl in 25 Jahren aus der Christlich Demokratischen Union die große moderne Volkspartei der Mitte gemacht hat, der die deutsche Demokratie einen wesentlichen Teil ihrer Stabilität und ihrer Zukunftsfestigkeit verdankt, um die uns alle anderen Länder in Europa beneiden.

Der Trost in einer so bitteren Niederlage ist das Wissen darum, daß diese 16 Jahre und diese 25 Jahre für Deutschland, für Europa und für die Union gute Jahre gewesen sind. Davon nimmt der 27. September 1998 überhaupt nichts hinweg. Helmut Kohl hat in der Niederlage Größe bewiesen. Auch darin war er ein Vorbild.

Über die Konsequenzen des Wahlergebnisses sind wir uns völlig im Klaren. Der Wähler hat entschieden, daß wir Opposition sein sollen. Wir nehmen diese wichtige Aufgabe in unserer Demokratie an, wir

akzeptieren sie. Wir machen nicht den Fehler, uns als verhinderte Regierungspartei aufzuführen.

**Wir haben für die nächsten vier Jahre einen eindeutigen Auftrag, den wir kraftvoll wahrnehmen werden. Auch das schulden wir unserer Demokratie.**

Die neue Regierung erntet einen wirtschaftlichen Aufschwung, eine Preisstabilität, eine Entwicklung am Arbeitsmarkt, die von Monat zu Monat besser wird und ohne unsere Reformpolitik so nicht möglich geworden wäre. Es ist nicht zu leugnen, daß der Wunsch nach einem Wechsel stärker war als die Anerkennung für diese erfolgreiche Politik. Um so mehr müssen wir darauf achten, wenn in den kommenden Wochen die Debatten im neuen Bundestag beginnen, daß wir die Eröffnungsbilanz richtig fest-schreiben. Denn später wird einmal die Ergebnisermittlung durch Vergleich von Anfang- und Schlußvermögen gemacht werden. Dann muß aktenkundig sein, daß

wir ein solides und zukunftsfähiges Erbe hinterlassen.

Wir stehen nun vor einer Vielzahl von Veränderungen in der Partei und in der Fraktion. Es bleibt uns nicht viel Zeit, um die Reihen neu zu ordnen, denn schon im nächsten Jahr haben wir eine Fülle von Kommunalwahlen, Landtagswahlen und Europawahlen. Deshalb werden wir zügig, aber ohne Hast die notwendigen Entscheidungen, auch Personalentscheidungen treffen. Sie müssen zum Ausdruck bringen, daß wir unsere Aufgabe als die große, zur Mitte hin integrierende Volkspartei erfüllen wollen.

Über 17 Millionen Menschen haben uns am vergangenen Wochenende gewählt. Sie waren überzeugt, daß die Union die besseren Antworten auf die Fragen der Zukunft hat. Bei ihnen stehen wir im Wort.

Wir werden alles tun, um diejenigen, die uns diesmal nicht oder nicht mehr die Stimme gegeben haben, davon zu überzeugen, daß die beste Politik für Deutschland immer noch die von CDU und CSU ist.

**Die CDU blickt nach vorn**

*Wann kommen wieder bessere Tage für die Union nach ihrem tiefen Sturz? Wenn man die Meßlatte in der nun anbrechenden harten Zeit etwas tiefer legt, erschien schon gestern ein kleiner Silberstreif am Horizont. Nie zuvor, sagen alte Fahrensleute, hat sich die CDU so selbstverständlich als gute Verlierin in die Rolle der Opposition gefügt. Kein Vergleich mit den wilden Ausbrüchen nach den Wahlniederlagen 1969 und 1972. Auch das erste Aufräumen ging schnell und reibungsarm vonstatten. Wolfgang Schäuble soll Kohls Nachfolger als Parteichef in der Doppelrolle mit dem Fraktions-*

*vorsitz werden. Der Partei gilt dies als Signal, nicht rückwärts, sondern nach vorn zu schauen. Volker Rühe wird sich mit wichtigen Aufgaben als Hoffnungsträger Nummer zwei beweisen können. Die Partei weiß, daß dies erst der Anfang eines beschwerlichen Weges ist, der irgendwann zurück an die Macht führen soll, in vier oder acht Jahren, wie die Besiegten hoffen. Dazu gehört mehr als eine schnelle Personalentscheidung. Einmal muß die Brücke zur Jugend gebaut werden. Zweitens geht es um Reforminhalte.*

**Kölner Stadt-Anzeiger**

*Fortsetzung von Seite 1*

Ich habe heute auch noch einmal darauf hingewiesen, wie sehr ich meinen Freunden in der Union für die enorme Unterstützung dankbar bin, die wir in den Orts-, Kreis-, Landes- und Bezirksverbänden, vor allem aber auch bei vielen Sympathisanten erfahren haben.

Ich mache eine Reihe von Jahren Wahlkampf. Aber daß ich Gelegenheit hatte, vor 600.000 Menschen überall in Deutschland zu sprechen, hat es noch nicht gegeben.

---

## Entschieden handeln

---

Wir sind uns im Parteivorstand einig, daß wir schnell und entschieden handeln müssen. Deshalb haben wir gerade eben beschlossen, den nächsten Parteitag entgegen der ursprünglichen Absicht für Samstag, den 7. November nach Bonn einzuberufen.

Wir werden in der nächsten Woche unsere Gremiensitzungen durchführen. Das heißt: Parteipräsidium und Parteivorstand werden heute in acht Tagen dem Parteitag die entsprechenden Personalvorschläge machen. Das gibt den Landesverbänden, deren Landesvorstände noch heute tagen, Gelegenheit, ihrerseits über Personalvorschläge zu beraten.

Morgen werden wir mit den Kollegen der CSU über die erneute Begründung der gemeinsamen Bundestagsfraktion reden. Die beiden Parteien müssen formell beschließen, die Arbeit der Bundestagsfraktion fortzusetzen. Das soll bald geschehen, damit wir auch möglichst bald handlungsfähig sind.

Wir haben über das Wahlergebnis und dessen wichtigste Bestimmungsgründe gesprochen und dabei natürlich Stärken und Schwächen diskutiert. Die neue Parteiführung wird die Analyse im Detail vornehmen und das Wahlverhalten nach

## 11. Parteitag am 7. November

Präsidium und Bundesvorstand der CDU haben auf ihrer Sitzung am 28. September beschlossen, den für Ende November vorgesehenen 11. Parteitag auf den 7. November vorzuziehen. Der Parteitag findet in Bonn statt. Auf der Tagesordnung steht routinemäßig die Neuwahl von Präsidium und Bundesvorstand.

Altersgruppen, Bundesländern usw. beleuchten.

Wir sind heute zu dem Ergebnis gekommen: Im nächsten Bundestag gibt es klare Mehrheit für Rot-Grün. Diese Mehrheit hat mit zehn Stimmen über dem Kanzlerquorum eine noch eindeutigeren Mehrheit, als wir sie in den letzten vier Jahren hatten.

Der Wähler hat gesprochen, der Wähler hat sich für Rot-Grün entschieden, der Wähler hat gewollt, daß wir die Regierung nicht fortsetzen. Deswegen ist es ein ganz normaler demokratischer Vorgang, daß derjenige, der die Mehrheit bekommen hat, die Regierung bildet und derjenige, der die Wahl verloren hat, die Oppositionsrolle übernimmt.

Genau das wollen wir ohne Wenn und Aber tun.

Die Sozialdemokraten haben jetzt die Mehrheit in **beiden** Kammern, im Bundestag und im Bundesrat. Deren Aufgabe ist es also, was sie in ihrem Programm angekündigt haben, nun auch umzusetzen.

Für uns ist es wichtig, mit besonderer Aufmerksamkeit die Situation in den neuen Ländern zu beobachten. Denn wir sind nach wie vor der Meinung, daß die Herstellung gleichwertiger Lebensver-

Berndt Seite:

## Unsere Partei hat gezeigt, daß sie kampagnenfähig ist

**Wir haben unser Wahlziel, stärkste Partei in Mecklenburg-Vorpommern zu bleiben, nicht erreicht. Wir haben über sieben Prozent verloren, das sind sechs Mandate. Die Sozialdemokraten haben knapp fünf Prozent dazugewonnen.**

Was mich besonders betroffen macht, ist die Zunahme von 1,7 Prozent bei der PDS. Acht Jahre nach der Deutschen Einheit ein Anstieg der PDS: Das zeigt uns, daß der Weg in die freiheitlich demokratische Grundordnung ein Prozeß ist, der noch lange nicht zu Ende ist, sondern auch weiterhin von uns begleitet werden muß. Wir haben 14 Direktmandate gewonnen, davon

12 in Vorpommern. Das heißt: wir haben in Vorpommern alle Direktmandate gewonnen, nur zwei dagegen in Mecklenburg. Dort also, wo wir hohe Arbeitslosenzahlen haben, haben wir alle Direktmandate gewonnen. Dort, wo großer Wohlstand ist – westlich von Schwerin – haben wir verloren. Die Gründe dafür werden wir genau analysieren.

Unser nächstes Ziel sind die Kommunalwahlen 1999. Wir sind in den Städten und Gemeinden stärkste Partei, und wir wollen es auch bleiben.

Die Partei hat im Wahlkampf exzellent gekämpft, sie hat gezeigt, daß sie kampagnenfähig ist.

hältnisse in ganz Deutschland ein zentrales Ziel deutscher Politik bleiben muß. Uns ist die Freude über die Deutsche Einheit nicht durch die Niederlage von gestern vergangen – überhaupt nicht. Wo immer es geht, werden wir auch weiterhin den Menschen in den neuen Bundesländern helfen, und wir werden keine Debatte zulassen, in der der Osten gegen den Westen oder der Westen gegen den Osten ausgespielt wird.

Die Erfahrung im Wahlkampf – und das gilt nicht nur für die neuen Länder – hat gezeigt, daß wir eine Überarbeitung unserer Organisationsstruktur vornehmen müssen, nicht zuletzt auch deswegen, weil im nächsten Jahr zahlreiche Wahlen vor uns liegen, fast fünfzehn Wahlen: Kommunalwahlen, Landtagswahlen, Europawahl – Grund genug, um die Partei noch in die-

sem Jahr für die kommenden Aufgaben fit zu machen.

Noch ein Wort zur gemeinsamen Arbeit von CDU und CSU: Fast fünfzig Jahre gibt es die Fraktionsgemeinschaft. Sie ist ein sehr kostbares Gut. Wir werden deshalb auch in Zukunft an der Gemeinsamkeit der beiden Schwesterparteien festhalten.

In der Auseinandersetzung mit den anderen Gruppierungen werden wir alles tun, um als Partei der Sozialen Marktwirtschaft die Position der Mitte auch weiterhin besetzt zu halten. Einen Juniorpartner CDU wird es in einer SPD-geführten Bundesregierung nicht geben. Träume, die darüber spekulieren, werden keine Chance haben, Wirklichkeit zu werden.

Ich will schließlich auch meine Befriedigung darüber ausdrücken, daß die Rechtsradikalen nicht zum Zug gekommen sind.

Ich habe in Mecklenburg-Vorpommern noch am letzten Dienstag die enorme Materialschlacht des rechtsradikalen Spektrums miterlebt, die eine Reihe von ausländischen Beobachtern beunruhigt hat.

Ich finde es höchst erfreulich, daß hier eine Grenze deutlich geworden ist. Ich habe schon immer die Meinung vertreten und sage das auch den vielen Gästen aus dem Ausland, die heute anwesend sind: Deutschland ist kein Land auf dem Weg zu Vorstellungen, wie sie von rechtsradikalen Gruppierungen vertreten werden.

Zum Schluß will ich noch sagen: Ich habe sehr viel persönliche Sympathie erfahren. Diese 16 Jahre waren ja nicht irgendwelche Jahre. Mit meinem Ausscheiden aus dem Amt des Parteivorsitzenden nach 25 Jahren läßt sich auf eine lange Entwicklung der CDU als Partei zurückblicken. In diesen 25 Jahren ist die CDU der Zahl ihrer Mitglieder nach und mit ihrem Programm die große Volkspartei geworden, die wir bleiben wollen.

Ich habe mich bei vielen Freunden aus der Partei bedankt, die in diesen Jahren mit Zuspruch und Unterstützung zur Stelle

waren. Ich verdanke, was ich machen konnte, den politischen Freunden, auf deren Schultern ich stehe.

Was wir gemeinsam geleistet haben, können wir getrost dem Urteil anderer überlassen.

Ich will weiter in der Partei mitarbeiten, überall da, wo mein Rat gefragt wird: als Mitglied des Deutschen Bundestages, als einer, der der Partei seit seiner Jugendzeit verbunden ist und der viele persönliche Freunde gefunden hat.

Ich werde in Zukunft manches aus der Distanz sehen. Aber ich werde mit ganzem Herzen der Idee, der ich mich verschrieben habe, auch in Zukunft verbunden bleiben. – Wenn Sie das mit dem Begriff Parteisoldat beschreiben wollen, habe ich nichts dagegen.

Ich werde der Helmut Kohl bleiben, der er ist. Und ich denke, er wird Ihnen auch noch eine Weile erhalten bleiben. Ich werde nicht Memoiren schreiben – das überlasse ich anderen –, sondern Ihnen gelegentlich mit meinem ganzen unwiderstehlichen Charme zur Verfügung stehen, den Sie in vielen Jahren erlebt haben.

## Ab heute stehen die Versprechen der SPD auf dem Prüfstand

*Das ist der Beginn der neuen, der Berliner Republik. Die Entscheidung hat offensichtlich wenig mit rationalen Kriterien zu tun. Zu groß war die Lust auf Neues, auf neuen Schwung in der Bonner Politik. Das Gespenst Rot-Grün schreckt heute niemand mehr. Den Deutschen geht es gut. Vielleicht geht es manchen zu gut. Zu selbstverständlich ist es geworden, daß in der Außen- und Sicherheitspolitik alles im Reinen ist. Zu selbstverständlich ist es, daß die Preise stabil sind und die Wirtschaft*

*funktioniert. Die Argumente der CDU verpufften im Wahlkampf. Auf der anderen Seite hat sich die SPD im Wahlkampf als Fürsprecher der Schwachen in unserer Gesellschaft gezeigt. Sie hat viel versprochen. Von heute an stehen ihre Versprechen auf dem Prüfstand.*

*Schröder wird beweisen müssen, daß er bei Renten oder Lohnfortzahlung sein Wort hält – trotz leerer Kassen in Bonn. Die Grünen werden sehr schnell den Spielraum der Koalition ausprobieren.*

**SAT.1**

## Ein Kanzler, der Maßstäbe gesetzt hat

Nicht nur in Deutschland war der seit 16 Jahren regierende Kanzler Kohl für eine ganze Generation zum Inbegriff dessen geworden, was gemeinhin Politik genannt wird. Auch bei den europäischen Nachbarn und über Europa hinaus stand Kohl, der Regierungschefs kommen und gehen sah, für die Konstanz deutscher Politik. Die deutsche Politik trug seinen Namen, weil er sein Land – in den Augen der anderen – fast idealtypisch repräsentierte: physisch mächtig, fast übermächtig, und dennoch nicht furchterregend; in Art und Präsentation nicht immer geschickt, aber letztlich doch erfolgreich; jedenfalls berechenbar, verlässlich, zuverlässig.

### Er ging den direkten Weg zur Deutschen Einheit

Kohls Leistung ist es, die historisch überkommenen Ängste sowie die wegen Deutschlands Potential und Dynamik immer noch wachen Befürchtungen der Nachbarn gedämpft und beruhigt zu haben. Niemand konnte sein Machtbewußtsein übersehen, aber kaum jemand hat ihm ernstlich je unterstellen wollen, daß er Macht mißbrauchen werde, daß er Deutschland übermächtig machen wolle. Kohl, der in der Innenpolitik – Wahlkampfzeiten abgezogen – viel von Konsens hielt, setzte auch in der Außenpolitik auf den Kompromiß. Die große Ausnahme, bei der er sich gegen das Mißtrauen und gegen Einwände enger politischer Partner Deutschlands entschlossen durchsetzte, war der gerade, der direkte Weg zur deutschen Einheit.

Erst als die mit diesem umwälzenden Ereignis naturgemäß verbundenen Turbulenzen sich legten, wurde auch dieses Verhalten draußen ruhiger und angemessener beurteilt, nämlich als große staatsmännliche Leistung. Kohl ist es gelungen, in durchaus anomalen Zeiten, welche die weltpolitische Geschichtsschreibung einmal als „revolutionär“ bezeichnen wird, zu beweisen, daß Deutschland „normal“ ist: eine große westliche Demokratie, die mit sich selbst und ihren Nachbarn in Frieden lebt.

### Seine großen Themen – seine großen Leistungen

Wenn man feststellt, daß Kohl in dieser Rolle nicht zu ersetzen ist, behauptet man nicht, daß er unersetzlich sei. Die Wähler haben in den vergangenen Wochen, wo immer sie Kohl zugehört haben, viel über Geschichte gehört: Einheit Deutschlands, Einigung Europas – das waren seine großen Themen, da liegen seine großen Leistungen. Aber auch diejenigen, die diese Verdienste anerkennen, werden gespürt haben, daß die Jahre grundlegender Entscheidungen vorbei sind, daß die Zukunft zwar von großen Problemen geprägt sein wird, daß die aber nicht mehr mit denen von gestern zu vergleichen sind. Kohl hätte gerne bewiesen, daß er sie genauso gut oder besser lösen könne wie die Jüngeren. Sein Nachfolger als Bundeskanzler jedenfalls wird es schwer haben, nicht zuletzt deshalb, weil Kohl in diesem Amt – zieht man eine faire Bilanz – Maßstäbe gesetzt hat.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

Angela Merkel:

## Berndt Seite hat einen engagierten Wahlkampf geführt

**Der Spitzenkandidat der CDU Mecklenburg-Vorpommern, Berndt Seite, hat einen engagierten Wahlkampf geführt – genauso wie die gesamte Partei auch. Wir haben aber unser Wahlziel nicht erreicht.**

Die Sozialdemokraten und auch Herr Ringstorff müssen jetzt Farbe bekennen, und sagen, was sie für das Land wollen. Bis heute gibt es keine Klarheit, mit wem die SPD regieren will.

Trotz der Niederlage haben wir im Vergleich mit den neuen Bundesländern bei der Landtagswahl ein achtbares Ergebnis eingefahren. Es ist auch etwas besser als unser Bundestagswahlergebnis. Deshalb glaube ich, daß unser Wahlkampf richtig war.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern hat dagegen ein etwas schlechteres Ergebnis als die Sozialdemokraten im Bundestagsdurchschnitt.

Den 1,7 Prozent der PDS beim Landtagswahlergebnis steht ein unverändertes Bundestagswahlergebnis gegenüber: für mich ein Beweis dafür, daß die PDS zu besseren Resultaten kommt, wenn sie salonfähig gemacht wird, wie das in Sachsen-Anhalt der Fall ist. Es ist die falsche Strategie, die Deutsche Einheit dadurch voranbringen zu wollen, daß man den Kommunisten die Last ihrer Vergangenheit abnimmt.

Es gibt alles in allem für uns nicht den geringsten Anlaß, von unserem Grundsatz abzugeben: Aufbau Ost hat Priorität.

Als Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern sage ich: Auch weiterhin ist es die Aufgabe der CDU in diesem Land, sich zu einer flächendeckenden Volkspartei weiterzuentwickeln.

## Edmund Stoiber als Ministerpräsident mit großer Mehrheit wiedergewählt

**Der bayerische Landtag hat Edmund Stoiber am 29. September mit breiter Mehrheit für weitere fünf Jahre zum Ministerpräsidenten gewählt.**

Zwei Wochen nach dem Erfolg der CSU bei der Landtagswahl wurde Stoiber mit 123 von 202 abgegebenen Stimmen im Amt bestätigt. 75 Abge-

ordnete votierten mit Nein, vier enthielten sich. Damit hat sich die CSU-Fraktion geschlossen hinter den Regierungschef gestellt. Sie verfügt im Landtag über 123 von 204 Sitzen, nachdem sie ihre absolute Mehrheit bei der Landtagswahl auf 52,9 Prozent ausgebaut hatte. Unmittelbar nach der Wahl wurde Stoiber vereidigt.

Generalsekretär Peter Hintze:

## Für den Erfolg bei den nächsten Wahlen arbeiten

**Die Bundestagswahl brachte für die Union eine bittere Niederlage. Die Enttäuschung hierüber steckt uns allen in den Knochen. Die CDU hat beispielhaft gekämpft. Der Zuspruch in Veranstaltungen war größer denn je zuvor. Um so härter treffen uns die nüchternen Zahlen des Ergebnisses.**

Wir müssen das jetzt wegstecken. Wir waren in vier aufeinanderfolgenden Bundestagswahlen gute Gewinner; wir wollen auch das Ergebnis vom 27. September fair akzeptieren.

16 Jahre haben Helmut Kohl und die CDU Deutschland regiert, und es waren 16 gute Jahre für unser Land. Deutsche Einheit und europäische Einigung, wirtschaftliche Kraft, wachsender Wohlstand, stabile Finanzen sowie ein sicheres Sozialsystem und der Ausbau der Familienleistungen sind Wegmarken einer erfolgreichen Politik, auf die wir stolz sein dürfen und die uns erhobenen Hauptes auf die Zeit in Regierungsverantwortung zurückblicken lassen.

### Nach der Wahl ist vor der Wahl

Ein besonderes Wort des Dankes gilt Bundeskanzler Helmut Kohl. Er hat sich entschlossen, nach 25 Jahren an der Spitze der CDU nicht wieder für das Amt des Vorsitzenden zu kandidieren. Die Union hat in den Jahren Helmut Kohls ihre größten Triumphe feiern dürfen. Wir haben unter seiner Führung die für unser Vaterland wichtigsten Entscheidungen treffen und die großartigsten Augenblicke gestalten können. Als Mitglieder der CDU sind wir dabei gewesen.

Für den Erfolg bei den bevorstehenden Wahlen muß die Arbeit jetzt beginnen. Wir werden die Oppositionsrolle klar annehmen und uns als politische Alternative für Deutschland präsentieren. Wir werden dies im Bundestag wiederum in Fraktionsgemeinschaft mit der CSU tun. Wir werden die Politik der Regierungsmehrheit kritisch begleiten. Wir werden unserer Verantwortung für unser Land gerecht werden.

Ich möchte Sie herzlich bitten, die Enttäuschung dieser Tage rasch zu überwinden. Wir wollen unser gemeinsames Ziel fest in

**Zu den Wahlen** des 11. Parteitags der CDU am 7. November erklärte Generalsekretär Peter Hintze am 30. September:

*Ich werde auf dem kommenden Parteitag das Amt des Generalsekretärs zur Verfügung stellen, um dem neuen Vorsitzenden freie Hand zu lassen.*

den Blick nehmen: Wir werden im Jahr 2002 wieder die Mehrheit im Bund erringen und so dafür sorgen, daß Rot-Grün zu einer Episode der deutschen Geschichte wird, die Deutschlands Weg in das 21. Jahrhundert nicht nachteilig beeinflußt.

Die erste Etappe sind die Landtagswahlen in Hessen am 7. Februar 1999. Wir werden Roland Koch und die Freunde in Hessen mit voller Kraft unterstützen. Das Jahr 1999 ist prall gefüllt mit Wahlterminen, so die Wahl zum Europäischen Parlament, zahlreichen Kommunalwahlen und wichtigsten Landtagswahlen. Lassen Sie uns jetzt unverzüglich weiterarbeiten für den Erfolg in der Zukunft. ■

# Keine neue stabile Wählerbasis für die politische Linke

## Das Wahlergebnis der Bundestagswahl vom 27. September und seine wesentlichen Bestimmungsgründe

### □ Das Wahlergebnis

Am 27. September 1998 wurde das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bei einer Bundestagswahl ein Regierungswechsel durch Wahlen entschieden. Bei der dritten gesamtdeutschen Bundestagswahl wurde die bürgerliche Koalition aus CDU/CSU und FDP abgelöst. Obwohl allen fünf bisher im Bundestag vertretenen Parteien der Wiedereinzug ins Parlament gelang, ermöglichten die Wähler erstmals eine rot-grüne Mehrheit.

Die **SPD** ist der Hauptgewinner der Wahl. Sie legte 4,5 Prozentpunkte zu und wurde mit einem Zweitstimmenanteil von 40,9 Prozent erstmals seit 1972 wieder stärkste Partei. 20.179 Mio. Wähler gaben ihr ihre Stimme. Das sind 3.038 Mio. mehr als bei der Bundestagswahl von 1994. Der SPD gelang es damit, ihr Tief, in das sie bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl von 1990 gelangt war (36,4 %), klar zu überwinden. Schon 1994 hatte sie sich um 2,9 Punkte steigern können. Sie legte im Westen (alte Länder einschl. West-Berlin) mit 4,8 Prozentpunkten stärker zu als in Ostdeutschland (neue Länder einschl. Ost-Berlin), wo sie sich um 3,6 Prozentpunkte steigerte. Die SPD wird künftig mit 298 Sitzen (+46) im Bundestag vertreten sein. 13 davon sind Überhangmandate, die sie bis auf ein in Hamburg erzielt Mandat alle in Ostdeutschland erhielt.

Die **Unionsparteien** mußten schwere Verluste hinnehmen. Sie kamen nur noch auf einen Zweitstimmenanteil von 35,2 Prozent und verloren damit 6,2 Prozentpunkte. Das ist ihr zweitschlechtestes Ergebnis seit der Gründung der Bundesrepublik. Absolut gesehen gaben ihnen 17.329 Mio. Wähler ihre Zweitstimme (-2,188 Mio.). Die CDU/CSU entsendet künftig 245 Abgeordnete in den Bundestag. Das sind 49 weniger als in der vergangenen Legislatur-

### Wahlanalyse der

### Konrad-Adenauer-Stiftung

periode. Zu dieser starken Veränderung der Mandatszahl trägt auch bei, daß sie 1994 noch 12 Überhangmandate erzielte, diesmal aber keines. Die Verluste der CDU sind größer als diejenigen der CSU. Die CDU kam bundesweit auf 28,4 Prozent. Das bedeutet gegenüber der Vorwahl ein Minus von 5,8 Prozentpunkten. Besonders groß fallen die Verluste in den neuen Ländern (einschl. Ost-Berlin) aus. Hier verlor die CDU 11,2 Prozentpunkte und kam nur noch auf einen Stimmenanteil von 27,3 Prozentpunkte. Schon bei der Vorwahl hatte sie im Osten etwas stärkere Einbußen hinnehmen müssen als im Westen.

Die **CSU** verlor in Bayern weniger gravierend. Im Landesergebnis erreichte sie 47,7 Prozent der Zweitstimmen, was einem

Verlust von 3,5 Prozentpunkten entspricht. Mit gut 3.324 Mio. Wählern mobilisierte die CSU fast den Wähleranteil, den sie bei der Landtagswahl vor 14 Tagen gewinnen konnte.

**Bündnis 90/Die Grünen** hatten leichte Verluste von 0,6 Prozentpunkten (= -124 Tsd. Wähler). Sie erhielten 6,7 Prozent der Zweitstimmen (=3,300 Mio.). Mit 47 Mandaten (-2) sind sie im neuen Bundestag die drittstärkste Kraft.

In Ostdeutschland sind die Grünen nur schwach repräsentiert. Während sie in Westdeutschland 7,3 Prozent erzielten, kamen sie in Ostdeutschland nur auf 4,1 Prozent.

Das Ergebnis der Grünen folgt ihrem Trend bei den diesjährigen Landtagswahlen: In Niedersachsen verloren sie 0,4, in Sachsen-Anhalt 1,9 und in Bayern 0,4 Prozentpunkte. Auch landespolitisch sind die Grünen in Ostdeutschland nur schwach vertreten. In den vergangenen vier Jahren scheiterten sie dort bei Landtagswahlen jedesmal an der Sperrklausel. Zuletzt verloren sie bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt mit 3,2 Prozent ihre Sitze und damit auch ihre Regierungsverantwortung im Landesparlament

Die **FDP** verlor 0,7 Prozentpunkte (-178 Tsd. Zweitstimmen-Wähler) und kam nur noch auf 6,2 Prozent (= 3.081 Mio. Wähler). Bereits bei der Bundestagswahl 1994 hatte sie massive Verluste gehabt (6,9% nach 11,0%). Die Liberalen werden mit 44 Mandaten (-3) in den neuen Bundestag einziehen.

Auch die FDP ist im Osten Deutschlands schwächer vertreten als im Westen. Sie kam auf einen Stimmenanteil von 3,3 Prozent (West: 7,0%).

Das Abschneiden der FDP folgt ebenfalls einem Verlusttrend, den sie auf Landesebene schon seit einigen Jahren zu verzeichnen hat. Sie schaffte es von allen Landtagswahlen der vergangenen Bundes-

tagswahlperiode nur viermal, die Fünfprozent-Hürde zu überwinden (1995 in Hessen sowie 1996 in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein). In Ostdeutschland ist sie in keinem der Landesparlamente vertreten. Im Wahljahr 1998 war sie bei allen Landtagswahlen nicht erfolgreich. Bei der niedersächsischen Landtagswahl im März scheiterte sie mit 4,86 Prozent nur knapp, bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im April mit 4,2 Prozent deutlicher und bei der bayerischen Landtagswahl vor zwei Wochen mit 1,7 Prozent sehr deutlich. Sie ist derzeit nur noch in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz an der Landesregierung beteiligt.

Der **PDS** gelang mit einem Stimmenanteil von 5,1 Prozent (= 2.514 Mio. Zweitstimmen) erstmals der Sprung über die gesamtdeutsche Sperrklausel. Sie legte damit 0,7 Prozentpunkte (448 Tsd. Wähler) zu. Dadurch verlor die Frage, wie viele Direktmandate sie erobern konnte, an Bedeutung. Sie wäre aber auch über Direktmandate in den Bundestag eingezogen, da sie alle vier Wahlkreise, die sie 1994 gewann, halten konnte – Nr. 249: Berlin-Mitte-Prenzlauer Berg (Petra Pau), 258: Friedrichshain-Lichtenberg (Christa Luft), 260: Hellersdorf-Marzahn (Gregor Gysi), 261: Hohenschönhausen-Pankow-Weißensee (Manfred Müller). Ihr Stimmenanteil sichert der PDS 35 Mandate. Das sind 5 Mandate mehr, als sie in der vergangenen Legislaturperiode inne hatte.

Die PDS bleibt im wesentlichen eine ostdeutsche Regionalpartei. Während sie in den neuen Ländern (einschl. Ost-Berlin) 21,6 Prozent der Stimmen erzielte und hier 1,8 Prozentpunkte zulegte, kam sie in Westdeutschland (alte Länder einschl. West-Berlin) nur auf 1,2 Prozent (+0,2 Prozentpunkte).

**Rechtsextreme Parteien** waren auch bei dieser Bundestagswahl chancenlos. Im rechtsextremen Lager kandidierten die

DVU, die NPD und die REP, die es zusammen auf 3,3 Prozent brachten. Sie erreichte einen Zweitstimmenanteil von 1,2 Prozent (= 600 Tsd. Wähler). Bereits bei den letzten Landtagswahlen in Bremen (1995: 2,5%), Schleswig-Holstein (1996: 4,3%) und Hamburg (1997: 4,98%) hatte die DVU zunehmende Erfolge verzeichnet. Bei der diesjährigen Landtagswahl in Sachsen-Anhalt war ihr bei einem Stimmenanteil von 12,9 Prozent der Einzug in den Magdeburger Landtag gelungen. Die DVU mobilisierte in den neuen Ländern stärker als in den alten. Sie erreichte dort 2,8 Prozent, während sie in den alten Ländern nur 0,8 Prozent der Stimmen erhielt.

Die **REP** kamen auf 1,8 Prozent (= 905 Tsd. Wähler). Gegenüber der Vorwahl mußten sie einen Verlust von 0,1 Prozentpunkten hinnehmen. Dies entspricht der bei den diesjährigen Landtagswahlen sichtbaren Entwicklung (Niedersachsen: -0,9, Sachsen-Anhalt; -0,7, Bayern; -0,3 Prozentpunkte). Absolut mobilisierten sie aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung allerdings ca. 30 Tsd. Wähler mehr als bei der Bundestagswahl 1994.

Einen noch geringeren Anteil hatte die **NPD**, die auf 0,3 Prozent (126 Tsd.) kam. Auch sie erzielte in den neuen Ländern (0,7%) ein besseres Wahlergebnis als in den alten (0,1%).

Auf alle anderen Parteien entfallen zusammen 2,6 Prozent der Stimmen. Unter ihnen erreichte nur die Initiative Pro DM mit 0,9 Prozent (= 429 Tsd.) einen Stimmenanteil oberhalb der Marge für die Wahlkampfkostenerstattung.

Von den 60.710 Mio. Wahlberechtigten gaben ca. 49.946 Mio. ihre Stimme ab. Die daraus resultierende Wahlbeteiligungsrate von 82,3 Prozent liegt damit um 3,3 Prozentpunkte höher als bei der Bundestagswahl von 1994. Sie ist die höchste aller gesamtdeutschen Wahlen

seit 1990. Die Wahlbeteiligung lag im Westen höher (82,8%) als im Osten (80,1%).

Allerdings ist die Zunahme der Wahlbeteiligung in den neuen Ländern mit 7,5 Prozentpunkten wesentlich größer als in den alten Ländern, wo der Zuwachs 2,3 Prozentpunkte betrug.

Das **Stimmensplitting** war bei dieser Wahl noch ausgeprägter als bei der Vorwahl. Vor allem gilt das für die Erststimmenüberhänge der beiden großen Parteien. Hatte die Union noch 1994 3,5 Prozentpunkte und die SPD 1,9 Prozentpunkte mehr Erststimmen als Zweitstimmen bekommen, so steigerten sich diese Anteile auf 4,4 bzw. 2,9 Prozentpunkte. Die FDP bekam dagegen 3,2 Prozentpunkte mehr Zweit- als Erststimmen (nach 3,6 Prozentpunkten bei der Bundestagswahl 1994). Die Grünen konnten ihren Zweitstimmenüberhang von 0,8 auf 1,7 Prozentpunkte steigern.

## Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung

**1.** Die Bundestagswahl 1998 ist von zeitgeschichtlicher Bedeutung: Erstmals wurde eine Regierung abgewählt, und erstmals hat eine Bundesregierung sechzehn Jahre Bestand gehabt. Bundeskanzler Kohl ist damit nicht nur der dienstälteste Bundeskanzler der Nachkriegszeit, er ist auch im westeuropäischen Nachkriegsvergleich der, nach Tage Erlander, bis heute am längsten durchgehend amtierende Regierungschef.

In der deutlichen Niederlage der Union bündeln sich mehrere Motive, deren gewichtigstes das **starke Verlangen nach Wechsel** war. Dieses Verlangen nahm zwar im Verlauf des Wahlkampfes ab, umfaßte in der dritten Septemberwoche aber immer noch fast 60 % aller Wähler und

## Die Wahlen im nächsten Jahr

Mit der Bundestagswahl ist das Wahljahr 1998 zu Ende gegangen. Insgesamt standen neben der Bundestagswahl vier Landtags- und zwei Kommunalwahlen an. Im kommenden Jahr steht wieder ein Wahlmarathon mit 18 Entscheidungen bevor: Europaparlament, sieben Landtage sowie Kommunalvertretungen in zehn Ländern sind neu zu bestimmen. Am 23. Mai 1999 wird zudem von der Bundesversammlung im umgebauten Berliner Reichstag ein neuer Bundespräsident gewählt.

### Die Termine im einzelnen:

- 7. Februar: Landtagswahl in Hessen,
- 6. Juni: Wahl der Bürgerschaft und StVV in Bremen (StVV Bremerhaven voraussichtlich im September),
- 13. Juni: Europawahl,
- 13. Juni: Kommunalwahlen im Saarland,

- 13. Juni: Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz,
- 13. Juni: Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern,
- 13. Juni: Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt,
- 13. Juni: Kommunalwahlen in Thüringen,
- 13. Juni: Kommunalwahlen in Sachsen,
- 5. September: Landtagswahl in Brandenburg,
- 12. September: Kommunalwahlen in NRW,
- 19. September: Landtagswahl in Sachsen,
- 24. Oktober: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg,
- Herbst: Abgeordnetenhauswahl in Berlin,
- Herbst: Bezirkswahlen in Berlin,
- Herbst: Landtagswahl im Saarland,
- Herbst: Landtagswahl in Thüringen.

reichte damit in das bürgerliche Wählerlager hinein. Der Wunsch nach Wechsel konkretisierte sich in einer ausgeprägten **Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik**, die auch viele bisherige Unionswähler teilten. Er ist aber letztlich elementareren Ursprungs.

Die Unionsparteien hatten nach sechzehn Jahren Regierungszeit das **Vertrauen der Wähler verloren**, besser als die anderen die Probleme der Zukunft lösen zu können. Während Bundeskanzler Kohl in den harten Führungsqualitäten vor Schröder rangierte, galt dieser – neben sozialen Kompetenzen, die ihm zugeschrieben wurden – vor allem als zukunftsfähiger.

Auch seiner Partei wurde deutlich vor den Unionsparteien die Zukunftskompetenz zugetraut. Hinzu kam, daß die **Union in den vorrangigen politischen Problemfeldern** (Arbeitsmarktpolitik, Rentenpolitik, Steuerpolitik und soziale Gerechtigkeit) **als weniger kompetent eingeschätzt** wurde als die SPD. Das Kompetenzprofil der Union hatte sich im Vorfeld der Wahl auf ihr Traditionsprofil reduziert. Sie galt in Fragen des Wirtschaftsaufschwungs, der inneren Sicherheit, der Ausländer und Asylpolitik und der Europapolitik als lösungskompetent, durchweg auf Politikfeldern, die nur von mittlerer Priorität waren. Der Wirtschaftsauf-

schwung wurde von den Wählern zwar wahrgenommen und stärkte die Wirtschaftskompetenz der Union, er wurde nach den Erfahrungen der letzten Jahre allerdings nicht mehr mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbunden. Die Wirtschaftskompetenz der Union strahlte demgemäß auch nicht auf ihre Problemlösungsfähigkeit im Felde der Beschäftigungspolitik aus. Wirtschaftskompetenz und Beschäftigungskompetenz haben sich entkoppelt. Das alles dominierende Problem der Schaffung neuer Arbeitsplätze wurde als eine primär sozialpolitische Aufgabe wahrgenommen, die der SPD zugeschrieben wurde.

Schließlich konnte **Bundeskanzler Kohl im Unterschied zu 1994 keinen Amtsbonus** mehr ins Feld führen. In der Kanzlerpräferenz rangierte er hinter Gerhard Schröder, wenn auch der Abstand sich von August bis zum Wahltag fortschreitend verringerte.

In dieser Melange von Wechselbedürfnis, Unzufriedenheit und Vertrauensverlust gelang es der Union nicht, ihre bisherigen Wähler für sich zu mobilisieren. Nach der Wählerwanderung von Infratest verlor sie die weitaus meisten ihrer Wähler an die SPD (ca. 1,6 Mio.), mehr als 600.000 an die Nichtwähler und rund 275.000 an die PDS.

**Die Union verlor in allen Altersgruppen**, am meisten bei den 45- bis 59jährigen mit 9,7 Prozentpunkten, am geringsten bei jüngeren Wählern zwischen 18 und 35 mit weniger als 3 Prozentpunkten; unterdurchschnittlich waren auch die Verluste bei den über 60jährigen (-3,8 %).

In den **Berufsgruppen** büßte die Union gleichermaßen bei Arbeitern, Angestellten und Selbständigen Stimmen ein (jeweils -5 %). Nur bei Landwirten konnte sie leicht hinzugewinnen (+2 %). Betrachtet man dagegen nur die neuen Bundesländer,

dann hat die Union gerade bei Landwirten (-26 %) und bei Arbeitern (-13 %) weit überdurchschnittliche Einbußen zu verzeichnen. In den neuen Ländern sowie in Westberlin verlor sie generell besonders stark.

**2.** Die **SPD profitierte von dem ausgeprägten Wechselbedürfnis** und der Unzufriedenheit mit der Regierung. Das Kalkül, den Wechsel von Schröder verkörpern zu lassen, ging bis zum Wahltag auf. **In der Kanzlerpräferenz führte Schröder vor Kohl.** Er galt als der Mann, der eher als Kohl bereit schien, neue Wege in der Politik zu gehen. Ihm und der SPD wurde die **Zukunftskompetenz** zugetraut. Auch in den vorrangigen Politikfeldern, angefangen bei dem mit Abstand wichtigsten Problem der Arbeitslosigkeit, rangierte die SPD vor der Union, auch wenn der Anteil derjenigen Wähler, die keiner der beiden großen Parteien Lösungen zutrauten, mehrfach ebenso hoch oder höher war als die Zustimmung für die SPD.

**Die Kompetenzeinschätzung der SPD war am Ende ambivalent.** Daß sie die Probleme besser als die bisherige Bundesregierung lösen könne, glaubten im September nur noch 40 %, während 45 % ihr dies nicht zutrauten.

Seit März 1998, dem Datum der Niedersachsen-Wahl, befand sich die **SPD im Stimmungshoch.** Eine deutliche Mehrheit glaubte, daß sie die Bundestagswahl gewinnen würde.

Die Partei gewann die mit Abstand meisten Wähler von der Union (laut Infratest Wählerwanderung ca. 1,66 Mio.), sodann von bisherigen Nichtwählern ca. 500.000, sowie von den Grünen (ca. 420.000) und von der FDP (ca. 290.000). Laut Infratest/Wählerwanderung gab sie andererseits rund 300.000 an die PDS ab. In den **Altersgruppen** gab es die höchsten Zuwachsraten bei den 45- bis 59jährigen

(+6 Prozentpunkte) sowie bei den 35- bis 44-jährigen (+5,3 Prozentpunkte). Am geringsten war der Zuwachs bei den Jungwählern mit nur +0,2 Prozentpunkten. In den **Berufsgruppen** legte die SPD bei Angestellten (+4,7 %) und Selbständigen (+5 %) am stärksten zu. Der Zugewinn bei Arbeitern war unterdurchschnittlich (+1%). In den neuen Bundesländern konnte sie vor allem bei den Landwirten weit überdurchschnittlich abschneiden (+27 %, Gesamt: +1 %). Besonders starke Zugewinne hatte die SPD in Niedersachsen, in Mecklenburg-Vorpommern und in Hamburg.

**3. Bündnis 90/Die Grünen** konnten von dem Wunsch nach Wechsel nicht profitieren – hierfür stand für parteiungebundene Wähler vor allem die SPD. Bündnis 90/Grüne wurden ganz überwiegend als Oppositionsparteien wahrgenommen und galten für zwei Drittel der Wähler als nicht regierungsfähig. Im Wahlkampf hatten sie mit radikalen Aussagen Wechselwähler abgeschreckt. Hinzu kommt, daß die „weichen“ und ökologischen Themen der Grünen im Langfristrend in der Bundesrepublik an Bedeutung verloren haben. Vor diesem Hintergrund kamen die Grünen über die Mobilisierung ihrer traditionellen Klientel nicht hinaus. Während sie in den Altersgruppen der 45- bis 59-jährigen ihren Anteil leicht erhöhen konnten, verloren sie bei jüngeren Wählern zwischen 18 und 34 Jahren weit überdurchschnittlich. Allein bei den Jungwählern (18–24) büßten sie 4,2 Prozentpunkte ein und kamen nur noch auf 10,0 %. Die Grünen verloren im Schnitt in den alten Ländern stärker als in Ostdeutschland, wo sie auch diesmal (außer in Ostberlin) unter 5 % lagen.

**4.** Die **FDP** konnte sich trotz ihrer besonders schwierigen Ausgangslage gut behaupten. Sie wurde von Wählern mit

höchst unterschiedlichen Motiven gewählt. Die **FDP-Anhänger standen nicht geschlossen hinter der Koalitionspolitik ihrer Führung**, etwa die Hälfte bevorzugte Schröder vor Bundeskanzler Kohl. Ihre Verluste resultieren vor allem aus der Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit (in der die FDP besonders negativ beurteilt wurde) und dem Bedürfnis nach einem Regierungswechsel in einer Wählerklientel, die nur geringe Parteibindungen hat und ausgeprägt funktional wählt. Auch diesmal konnte die FDP vom Splitting-Verhalten von Unionswählern profitieren. Die FDP legte bei Jungwählern sogar leicht zu und kam auf 7 %, während sie in allen anderen Altersgruppen leicht verlor oder stagnierte. In den alten Ländern ging sie etwas stärker zurück als in den neuen, in denen sie wiederum unter 5 % blieb.

**5.** Die **PDS** verfügt seit der Bundestagswahl 1994 über einen stabilen Stammwähleranteil in den neuen Ländern, den sie auch bei dieser Wahl voll mobilisierte. Darüber hinaus konnte sie die im Osten besonders ausgeprägte Unzufriedenheit und **Proteststimmung gegen die Regierung zu einem Gutteil auf ihre Mühlen** leiten. Allerdings befand sie sich hier in Konkurrenz mit der SPD, so daß ihr Zugewinn an Stimmen begrenzt blieb.

Die PDS galt in besonderer Weise als Vertreter ostdeutscher Interessen und hat hierauf im Wahlkampf auch stark abgehoben („Der Osten wählt rot“). Rund zwei Drittel der Ostdeutschen betrachten sie als demokratiefähig; drei Viertel haben gegen ihre Präsenz im Bundestag nichts einzuwenden. Zu dieser positiven Sicht haben nicht zuletzt die Sozialdemokraten – die Bundespartei wie auch die ostdeutschen Landesverbände (außer in Sachsen) – mit ihrer öffentlich erklärten Koalitionsbereitschaft beigetragen. **Nicht die kritische Auseinandersetzung der Union mit der PDS, sondern ihre Legitimation als möglicher Koalitionspartner der SPD**

hat sie **hoffähig gemacht** und ihr im Osten Auftrieb gegeben. Die Partei gewann bei Jungwählern sowie bei Wählern ab 45 und älter leicht hinzu. 21 % der Erstwähler (18–21) in den neuen Ländern votierten für sie. Die PDS hatte deutliche Zugewinne in Ostdeutschland, schwache im Westen. In ihrer Hochburg Ostberlin verlor sie stark (-4,7 Prozentpunkte).

**6.** Die **extreme Rechte** schnitt bemerkenswert schwach ab. Dies bestätigt, daß **Bundestagswahlen gewissermaßen als der „Ernstfall“** des Wählens gelten und Protest sich stärker bei Landtags- und Europawahlen artikuliert. Aber nicht nur das Bundestagswahlergebnis, auch das der zeitgleichen Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern relativieren das starke Abschneiden der DVU in Sachsen-Anhalt und weisen auf dessen landesspezifischen Charakter hin. Auffällig bleibt, daß rund 5 % **aller Erstwähler** (18-21) und damit überdurchschnittlich viele der DVU ihre Stimme gaben. **In den neuen Ländern waren es sogar 8 %.** Die DVU gewann im Osten stärker als im Westen. Bei den REP fällt das relativ gute Abschneiden in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Ostberlin auf.

**7.** Der **Wahlkampf fand auf einem außerordentlich stark schwankenden Resonanzboden statt.** Die Polarisierung war stark auf die beiden Spitzenkandidaten beschränkt, die großen Themen der Zukunft, die Richtung der Reformen und die Lösungsansätze der Parteien traten demgegenüber in den Hintergrund. Die

Wähler standen im Widerstreit zwischen Wechselwunsch und dem Risiko rot-grüner Alternative. Die bis zum Schluß außergewöhnlich **große Zahl der Unentschiedenen**, die 8 Tage vor der Wahl sogar noch auf fast 30 % anstieg, kennzeichnet die ambivalenten Stimmungen und das hohe Maß an Desorientierung und Unklarheit, das viele schwankende Wähler angesichts dieser verengten Polarisierung empfanden. **Am Ende überwog bei vielen der Wunsch nach Wechsel – ohne seine Richtung zu kennen.**

Die Wahl hat Rot-Grün eine Mehrheit gegeben und der bisherigen Koalition die Mehrheit entzogen. Der **Wählertausch fand vor allem in den mittleren Altersgruppen und in den Mittelschichten der Angestellten und Dienstleister statt**, in denen (wie bei den jüngeren) die Parteibindungen nur noch gering ausgeprägt sind und die Wechselbereitschaft groß ist. Damit wurde der **Schwerpunkt des Parteiensystems oberflächlich nach links verschoben**, SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS repräsentieren gemeinsam rund 53 % der Wähler. Doch ist der Zuzug im linken Parteienlager praktisch ausschließlich der SPD zu verdanken, die das meiste im direkten Austausch mit den Unionsparteien gewonnen hat. **Von einer neuen stabilen Wählerbasis für die politische Linke kann deshalb nicht gesprochen werden.** Die dritte gesamtdeutsche Wahl hat wie keine bisherige gezeigt, wie hochgradig die Beweglichkeit der Wähler inzwischen ist, in den neuen Ländern noch ausgeprägter als in den alten. ■

**Die vollständige Analyse mit Grafiken ( 82 Seiten) ist bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, Referat für Publikationen, zu beziehen: z. Hd. Herr Bischof, Rathausallee 12, 5375 Sankt Augustin, gegen eine Schutzgebühr von 5 DM (Verrechnungsscheck oder Briefmarken).**

## Ein kleiner Trost – Frauenanteil der Union gestiegen

**Zur Bundestagswahl erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann:**

Mit der Wahl zum 14. Deutschen Bundestag wuchs der Frauenanteil der Unionsfraktion von bisher 14,9 % auf 18,3 %. Der Gruppe der Frauen werden 45 Parlamentarierinnen angehören.

### **Direktmandate konnten erringen:**

Ilse Aigner (Bayern), Brigitte Baumeister (Baden-Württemberg), Michaela Geiger (Bayern), Gerda Hasselfeldt (Bayern), Angela Merkel (Mecklenburg-Vorpommern), Christa Reichardt (Sachsen), Bärbel Sothmann (Hessen), Dagmar Wöhrl (Bayern), Elke Wülfing (Nordrhein-Westfalen).

### **Über Liste werden in den Deutschen Bundestag einziehen:**

Sabine Bergmann-Pohl (Berlin), Renate Blank (Bayern), Silvia Bonitz (Niedersachsen), Maria Böhmer (Rheinland-Pfalz), Monika Brudlewsky (Sachsen-Anhalt), Renate Diemers

(Nordrhein-Westfalen), Marie-Luise Dött (Nordrhein-Westfalen), Maria Eichhorn (Bayern), Anke Eymer (Schleswig-Holstein), Ilse Falk (Nordrhein-Westfalen), Ingrid Fischbach (Nordrhein-Westfalen), Ursula Heinen (Nordrhein-Westfalen), Susanne Jaffke (Mecklenburg-Vorpommern), Irmgard Karwatzki (Nordrhein-Westfalen), Eva-Maria Kors (Niedersachsen), Martina Krogmann (Niedersachsen), Vera Lengsfeld (Thüringen), Ursula Lietz (Nordrhein-Westfalen), Claudia Nolte (Thüringen), Beatrix Philipp (Nordrhein-Westfalen), Marlies Pretzlaff (Niedersachsen), Katherina Reiche (Brandenburg), Erika Reinhardt (Baden-Württemberg), Hannelore Rönsch (Hessen), Birgit Schnieber-Jastram (Hamburg), Erika Schuchardt (Niedersachsen), Anita Schäfer (Rheinland-Pfalz), Margarete Späte (Sachsen-Anhalt), Erika Steinbach (Hessen), Dorothea Störr-Ritter (Baden-Württemberg), Rita Süßmuth (Niedersachsen), Susanne Tiemann (Rheinland-Pfalz), Edeltraut Töpfer (Berlin), Angelika Volquartz (Schleswig-Holstein), Andrea Voßhoff (Brandenburg), Annette Widmann-Mauz (Baden-Württemberg).

**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET  
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE  
\*CDU#

● X 400  
c = de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: [post@www.cdu.de](mailto:post@www.cdu.de)

## Abschied des Giganten

*Helmut Kohl wird uns fehlen, der Gigant, nicht nur wegen seiner physischen Erscheinung, die ihn unter allen Führern der Welt unverwechselbar machte. Er wird uns fehlen, wie auch immer die politischen Bewertungen seiner Niederlage und des Sieges seines Rivalen Gerhard Schröder sein werden. Seit gut 16 Jahren war er das beruhigende, wenn auch mitunter mahnende Gesicht des demokratischen und europäischen Deutschland.*

**La Stampa (Turin)**

## Einzigartige Leistung

*Die Gewinnsträhne Kohls endete gestern und damit in der Nachkriegsgeschichte eine der ereignisreichsten und schicksalhaftesten Perioden in Deutschland und Europa. Kohl lenkte geschickt die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands, trug dazu bei, die politische Architektur für ein vereintes Europa zu gestalten, und wirkte führend bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf dem Kontinent und der Einführung einer gemeinsamen Währung. In Deutschland selbst vermittelte er ein Gefühl von Zuversicht und Vollendung, das dazu beitrug, die Last der Rolle Deutschlands im Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust zu überwinden. Die deutsche Einheit war eine einzigartige Leistung Kohls.*

**New York Times**

## Auf der Suche nach einem neuen Gleichgewicht

*Welche genaue Färbung auch immer die Mehrheit haben wird, die mit dem Kanzler regieren soll, es ist nicht sicher, daß ihre Hauptsorge so von Europa geprägt sein wird wie bei ihren Vorgängern. Mit Gerhard Schröder kommt eine völlig neue Generation von Politikern und Politikerinnen*

*in Deutschland an die Macht. Für sie müssen die Lasten des Krieges nicht mehr beglichen werden.*

*Der Wahlkampf, der nicht mehr von europäischen Slogans bestimmt war, hat die Bedeutung der nationalen Fragen gezeigt. Er machte auch deutlich, daß die politische Zukunft des Landes sich mindestens genauso in seinem Verhältnis zu den Bundesländern wie zu seinen europäischen Nachbarn entscheiden wird. Mit einer neuen Hauptstadt ausgestattet, aber ohne sein vergöttertes Geld, ist das künftig wiedervereinigte, aber mehr als jemals zuvor unterschiedliche Deutschland auf der Suche nach einem neuen Gleichgewicht, das die neue Regierung finden muß.*

**La Tribune (Paris)**

## Zweideutige SPD

*Schröder hat nur dadurch gewonnen, daß er auf zwei, auf den ersten Blick total entgegengesetzte Strategien setzte. Um die Wähler in der Mitte zu verführen, hat er sich wie Tony Blair verhalten und geschworen, die überholten Regelungen des Wohlfahrtsstaates zu beseitigen. Gleich-*

## Kommentare

*zeitig bekräftigte Oskar Lafontaine gegenüber den Getreuen der SPD das Gegenteil. Um die Aktiven nicht zur Verzweiflung zu bringen, schwor er im Namen von Schröder, daß die erreichten Errungenschaften erhalten bleiben.*

*Aber die Zweideutigkeiten des neuen Deutschlands begrenzen sich nicht auf die Persönlichkeit des neuen Mannes. Es ist eine andere Generation, die an die Macht kommt, weniger empfindsam für die Bedeutung der Schrecken der Vergangenheit, da sie diese nicht erlebt hat. In dem Maße, wie die Bilder von der Teilung zwischen Ost und West verblassen, tritt ein anderes Land auf.*

**Le Figaro (Paris)**

## **Diffuse Konturen**

*Die Konturen des neuen Kanzlers Schröder sind noch ziemlich diffus, was zum Teil an seiner etwas unklar in Richtung Mitte geführten Kampagne und zum Teil an den noch nicht ganz klaren Mehrheitsverhältnissen liegt. Genauso wichtig aber ist, daß erst Abschied von Helmut Kohl genommen werden muß, einer in jeder Beziehung großen Figur. Er war in erster Linie ein außenpolitisch bedeutender Kanzler. Kohl führte sowohl Deutschland aus dem Kalten Krieg als auch Europa in eine völlig veränderte Wirklichkeit.*

**Politiken (Kopenhagen)**

## **Nicht ganz klar, was Schröder wirklich will**

*Es sieht so aus, als ob sich die Deutschen für das Risiko eines großen Wandels entschieden haben. Ist es tatsächlich so? Haben sie sich nicht deshalb in die Arme der Sozialdemokraten geworfen, weil die SPD ihnen mehr Wärme, mehr Fürsorge und Hilfe versprochen hat? Die Menschen halten behauptet, daß es in der Republik kalt geworden ist. Die Wähler haben das erreicht, wovon sie geträumt haben: ein neues Gesicht mit dem alten Inhalt. Man kann aber nicht ausschließen, daß sie sich getäuscht haben. Der neue Kanzler muß erst erklären, was er wirklich will und was er zu tun beabsichtigt. Im Wahlkampf war das nicht ganz klar.*

**Gazeta Wyborcza (Warschau)**

## **Schröder muß erst noch überzeugen**

*Schröder muß viele Deutsche und die Außenwelt erst noch davon überzeugen, daß er dieselben Qualitäten wie sein Vorgänger besitzt. Schröder führt eine Partei, die der europäischen Integration und der transatlantischen Verbindung verpflichtet ist. In der Außenpolitik gibt es wenig Un-*

*terschiede, es sei denn, daß dem Anti-Nato-Flügel der Grünen viel Gewicht gegeben wird. In der Innenpolitik aber muß Schröder sich beeilen, klare Zielvorgaben zu entwerfen. Er könnte sonst eine Geisel seiner zerstrittenen Freunde und Alliierten in seiner eigenen Partei werden.*

**Financial Times (London)**

## **Nun muß Schröder seine Versprechen einlösen**

*Ab morgen wird Gerhard Schröder mit den Problemen konfrontiert sein, deren Lösung er seit langem gefordert hat. Niemand weiß aber, was sich hinter seinem Konzept des „dritten Weges“ verbirgt, das er angekündigt hat und mit dessen Hilfe er den Wohlfahrtsstaat aufrechterhalten will. Echte Änderungen sind immer schwer durchzuführen. Bei der Verwirklichung einer Reform des Sozialsystems wird Schröder auf starken Widerstand in der eigenen Partei stoßen. Ein großer Teil der SPD, die dem Wohlfahrtsstaat verbunden bleibt, kann im Bundestag eine konservative Haltung einnehmen.*

**Rzeczpospolita (Warschau)**

## **Auf Rot-Grün kann man bestens verzichten**

*Die große Frage ist, ob Schröder die versprochene Modernisierung Deutschlands auch tatsächlich schaffen wird. Seine Partei, die SPD, ist stark veraltet. Es ist zweifelhaft, daß er sich gegen die Parteienbonzen durchsetzen kann. Deswegen steht Deutschland eine ziemlich unsichere Periode bevor. Auf jeden Fall ist es vorzuziehen, wenn Deutschland von einer Koalition von SPD und CDU regiert wird. Auf Experimente mit einer rot-grünen Koalition kann man bestens verzichten.*

**De Telegraaf (Amsterdam)**

# Bundesverfassungsgericht stoppt Kieler Liegenschaftsmodell

**Zum Stopp des Verkaufs landeseigener Liegenschaften in Schleswig-Holstein durch das Bundesverfassungsgericht erklärt der haushaltspolitische Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:**

Das Land Schleswig-Holstein konnte in den letzten Jahren ständig steigende Steuereinnahmen verzeichnen. In diesem Jahr nimmt das Land laut einer Antwort der Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage drei Milliarden Mark mehr ein als 1988. Die letzte (pessimistische) Steuerschätzung läßt in diesem Jahr 690 Millionen Mark mehr an Steuereinnahmen erwarten als im letzten Jahr. Wenn das Geld trotzdem hinten und vorn nicht reicht und deshalb versucht wird, im „sale and lease back“-Verfahren Immobilien des Landes zu verwerten, ist der Grund also nicht fehlendes Geld, sondern die fehlende Fähigkeit, die richtigen Prioritäten zu setzen.

Das von der rot-grünen Regierung in Kiel geplante Liegenschaftsmodell sieht vor, bebaute Liegenschaften des Landes zum Verkehrswert an die Investitionsbank zu veräußern und langfristig zur Marktmiete zurückzuzumieten. Durch den Verkaufserlös sollten in diesem und in späteren Jahren Haushaltslöcher gestopft werden.

Mit diesem Verfahren sollten Schulden gemacht werden, die der Kreditaufnahme des Landes nicht zugerechnet werden. Die Investitionsbank sollte dabei als Strohhalm des Landes auftreten. Dies hat das Bundesverfassungsgericht durchschaut und vorläufig gestoppt. Auch in Schleswig-Holstein ist durch die Verfassung verboten, neue Schulden in einer Höhe zu machen, die die Investitionsausgaben

überschreiten. Die selbsternannte „Sparkommissarin“ Heide Simonis nennt das „kreative Buchführung“. Das Vorgehen mußte gestoppt werden.

Von der Einnahmeseite her gab es keinen Grund für das gewählte Verfahren und neue kräftige Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich. Der Landeshaushalt strotzt von überflüssigen Ausgaben für Berater, Kommissionen und neue Gesamtschulen. Die Opposition von CDU und FDP hatte Vorschläge für einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorgelegt. SPD und Grünen haben sie verworfen.

## Die Schuldenlast des Landes ist ständig gestiegen

Die Investitionen im Land wurden seit Jahren von der Kieler Regierung zugunsten konsumtiver Ausgaben heruntergefahren. Die Investitionsquote dürfte die niedrigste aller alten Länder sein. Deswegen sind nur im Norden die Arbeitslosenzahlen im Vergleich zum Vorjahr und zu allen anderen Ländern bis heute nicht gesunken. Bundeshilfen für die Werften, für Agrarstruktur und Küstenschutz, für Straßenbau, für Wirtschaftsförderung und für Forschung konnten nicht bedient werden und wurden nach Bonn zurückgegeben. Infrastrukturprojekte wie die neue A 20, an der in Mecklenburg-Vorpommern längst gebaut wird, liegen auf Eis. Ausgabenwachstum und Zinsausgaben liegen wie die Kreditfinanzierungsquote über dem Bundesschnitt. Bei den Schulden wurde ein Rekordstand erreicht. Während der Bund 1998 seine Ausgaben wie in den Vorjahren gegenüber 1993 sogar zurückgefahren hat, sind sie beim Land ständig gestiegen. ■

# Argumente

## Neue Wege der Kommunikation

**W**aren Sie schon einmal an der Haustür? fragt Christoph Böhr, Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen CDU, und fordert seine Parteifreunde auf, „die Menschen mit ihren Sorgen und Nöten zu Hause abzuholen“, lange bevor der „stern“ das Thema politischer Vor-Ort-Arbeit entdeckt und dazu willkürlich Noten verteilt.

**Christoph Böhr:** „Viele Probleme lernen wir kennen, wenn wir uns vor Ort informieren. Daraus entstehen politische Initiativen. Der Bürger erlebt dann Politik hautnah und erkennt sich wieder.“

**Anders ausgedrückt:** Um den Abstand zwischen Parteien und Bürgern zu verringern, stellt sich die CDU Rheinland-Pfalz die Aufgabe,

- die unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Meinungen der Bürger zur Sprache zu bringen,
- gemeinsam mit den Bürgern nach tragfähigen Lösungen der Probleme zu suchen, die in ihren Worten zum Ausdruck kommen, und
- auf diese Weise die Bürger an der politischen Arbeit zu beteiligen.

**Die kurze Formel: Aus Betroffenen Beteiligte machen – das geht nur durch Dialog.**

Die Wirtschaft hat längst gelernt, daß man Kunden suchen und aufsuchen muß, wenn man erfolgreich sein will. Kunden-Orientierung ist das Schlüsselwort auch für den Erfolg moderner Parteilarbeit.

**Damit kein Irrtum aufkommt:** Es geht nicht darum, sich Wählern als Kandidat vorzustellen und sie um ihre Stimme zu bitten. Es geht darum, den Bürgern Fragen zu stellen, ihnen zuzuhören und ihre Antworten mitzunehmen.

## Von Tür zu Tür: Gespräche, die verbinden

Der Bürger-Dialog kommt ohne gründliche Vorbereitung nur schwer in Gang. Einfach-drauf-los-klingseln bringt nichts. Wenigstens die Aussicht auf Erfolg muß vorher ermittelt sein:

- durch Auswahl derjenigen Stadtteile, Stimmbezirke und Straßen für Hausbesuche, in denen sich – vor allem aufgrund von Wahlergebnissen – Sympathien für die CDU ermitteln lassen;
  - durch rechtzeitige Ankündigung der Besuche auf Handzetteln oder in den lokalen Medien.
- Perfekt wird das Ganze mit einem besonderen Ankündigungsplakat für Haus-Canvassing

### Zur Vorbereitung gehört auch die Ausrüstung:

- mit Visitenkarten,
- mit Türanhängern für den Fall, daß niemand zu Hause ist,
- mit Notizzetteln und Bleistift,
- mit Informationsblättern, von denen man erwarten kann, daß sie aufgehoben werden, z. B. Liste der Ratsmitglieder

mit Namen, Anschrift und Funktion, wichtige Telefonnummern der Stadtverwaltung.

**Haus-Canvassing – das heißt: an jeder Haustür klingeln. Und: zu zweit gehen.**

**Was bei den Gesprächen nicht vergessen werden darf:**

- Vorstellung,
- Frage nach den dringendsten Problemen,
- knappe Darstellung dessen, was die CDU dazu zu sagen hat,
- Hinweis auf Veranstaltungstermine und die freundliche Einladung „Kommen Sie doch einfach mal und bringen Sie auch dort vor, was Sie auf dem Herzen haben!“

**Ganz wichtig:** Vorbehaltlose Aufgeschlossenheit und Interesse der Bürger dürfen nicht größere Verlegenheit auslösen als Ablehnung und Abweisung.

**Christoph Böhr:** „*Es zeigt sich bei unseren Besuchen immer wieder, daß diese Form des Kontakts mit dem Bürger auf eine **unerwartet (!) hohe Gesprächsbereitschaft** stößt.*

*Es sind sogar im Vorfeld der Besuche Anrufe in den Kreisgeschäftsstellen angekommen, bei denen gebeten wurde, auf jeden Fall vorbeizukommen“*

Es gibt sie nämlich, die Bürgerinnen und Bürger, denen daran liegt, sich mitzuteilen, und die von uns wissen wollen, womit wir dienen können.

## Textbeispiel:

**Ihre Meinung ist uns wichtig!**  
*Liebe Bürgerinnen und Bürger, am 14. Juni 1998, in der Zeit von 17 bis 19 Uhr, kommen wir in Ihre Straße. Wir, die Vertreter der CDU, möchten von Ihnen wissen, wo Sie der Schuh drückt. Wir wollen uns aber auch Ihren Fragen stellen, hören, was Sie zu kritisieren haben, und Ihre Anregungen entgegennehmen.*

Sie enttäuschen wäre schlimmer, als es gar nicht erst versucht zu haben.

**Deshalb: Das A und O des ganzen Erfolgs ist die sorgfältige Nacharbeit. Sie fängt an mit:**

- Telefonnummer des Gesprächspartners notieren;
- Gesprächsnotizen machen;
- besonders Interessierte in den Verteilern von Einladungen aufnehmen.

**Sorgfältige Nacharbeit – das ist aber vor allem:**

- Auswertung der Gespräche;
- Ausformulierung von Hinweisen, die Folgeveranstaltungen der Partei sinnvoll erscheinen lassen;
- Ausformulierung von Hinweisen, die für die politische Arbeit wichtig sind;
- Rückmeldung bei den befragten Bürgern, z. B. über die örtliche Presse.

**Die Bürger müssen erkennen können, daß ihre Anregungen und kritischen Anmerkungen angekommen sind und nach Möglichkeit sogar etwas bewegen.**

**Ganz wichtig:  
Die Gespräche auch für Mitgliederwerbung nutzen!  
Aufnahmeanträge mitnehmen!**

## Einladung zur Fördermitgliedschaft bei Frischluft e.V.

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. wurde im Jahr 1989 gegründet und versteht sich als Teil der christlich-demokratischen Bewegung.

Als freier Träger der Jugendhilfe unterbreitet er vor allem Angebote im Bereich der offenen Jugendarbeit. Der Verband organisiert unter anderem internationale Jugendbegegnungen, Jugendbildungsseminare, Angebote innerhalb der Mädchenarbeit und Kinderfreizeiten. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Verbandes liegt im Aufbau der Jugendarbeit in den neuen Ländern. Hier hat Frischluft schon im Frühjahr 1990 das Büro für demokratische Jugendarbeit im damaligen Ostteil Berlins gegründet und von dort den Aufbau demokratischer Jugendstrukturen in den jungen Bundesländern unterstützt.

Die Arbeit von Frischluft e.V. ist zu einem wesentlichen Teil vom ehrenamtlichen Engagement seiner Mitglieder abhängig. Um unsere Arbeit erfolgreich fortsetzen zu können, sind wir auf weitere Unterstützung angewiesen. Zu diesem Zweck besteht bei Frischluft e.V. die Möglichkeit einer Fördermitgliedschaft. Fördermitglieder entrichten einen jährlichen Beitrag nach freier Wahl, mindestens jedoch 150 DM. Sie erhalten regelmäßige Informationen über alle Angebote und Aktivitäten von Frischluft.

Frischluft e.V. ist vom Finanzamt Bonn-Außenstadt als gemeinnützigen Zwecken dienend anerkannt. Spenden sind daher steuerlich abzugsfähig.

Wir würden uns freuen, wenn Sie die Arbeit von Frischluft e.V. unterstützen und stehen Ihnen für Rückfragen jederzeit zur Verfügung.

- Ich möchte Frischluft e. V. durch eine Fördermitgliedschaft unterstützen.  
Bitte senden Sie mir einen Antrag zu.

### Kuratorium:

Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth,  
Klaus Töpfer, Monika Hohlmeier MdL, Rainer Eppelmann MdB,  
Hermann Gröhe MdB, Ronald Pofalle MdB

Deutsche Bank Bonn • BLZ 380 700 59 • Konto-Nr. 050 47 95

- Ich überweise in den nächsten Tagen eine Spende auf Ihr Konto 21 000 880 bei der Sparkasse Bonn (BLZ 380 500 00) und bitte um Zusendung einer Spendenquittung.

Meine Anschrift:

---



---



---



---

### Bitte abtrennen und senden an:

Frischluft e.V.  
Annaberger Straße 283  
53175 Bonn  
Tel.: 02 28/31 00 23  
Fax: 02 28/31 47 03

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN  
PVSt, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.

## Die CDU – das sind unsere Mitglieder

Die Zukunft gehört den interessanten Parteien. Aber interessant ist nur, wer bereit und fähig zum Dialog ist. Zuhören können, ist dabei ebenso wichtig wie überzeugend argumentieren.

- Wir brauchen immer wieder neue Offensiven der Ermunterung.
- Wir sind angewiesen auf die Mitarbeit unserer Mitglieder.
- Wir sind offen für neue Ideen, und
- wir wissen: Politischer Wille bildet sich – so steht es im Grundgesetz – nur im Streit der Meinungen.

**Jetzt die  
CDU stärken!  
Mitglied  
werden!**

**Werben Sie neue Mitglieder für die CDU!  
Laden Sie möglichst viele  
mit der Aufforderung ein:  
Streiten Sie mit! Machen Sie mit uns  
Politik wieder flott!**

# UiD

**32/1998**

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.